

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler am 20.02.2014 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich

Beginn: 19.30 Uhr
Ende: 21.10 Uhr

Anwesend waren:

a) stimmberechtigte Mitglieder:

Burghardt, Uwe
Derichs, Hubert
Deserno, Hans-Dieter
Feldeisen, Willy
für Schöneborn, Christian
Heinen, Frank
für Heinrichs, Ina
Kohlhaas, Margarete
Laufer, Jürgen
Lindlau, Detlef
für Zillgens, Bruno
Loogen, Andreas
für Neumann, Nico
Lux, Heiko
Mandelartz, Alfred
Menke, Wilfried als Vorsitzender
Mohr, Christoph
Schmidt, Kathi
Strank, Dr. Karl-Josef

b) Gäste:

Herr Zink, Dezernent der StädteRegion Aachen
Frau Göttlicher, StädteRegion Aachen/ Stabsstelle Klimaschutz

Frau Püllen, Firma Gertec/Essen

c) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
Beigeordneter Brunner
StAng. Meuer
StVR Froesch als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 06.02.2014 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

TAGESORDNUNG :**A) Öffentliche Sitzung**

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 07.11.2013
2. Schaffung zusätzlichen Parkraums in der Bahnstraße in Setterich
3. Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK)
4. Grundsatzbeschluss über die Erteilung von Erlaubnissen für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen für das Aufstellen von Altkleidercontainern ausschließlich an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger
5. Machbarkeitsstudie schienengebundener Personennahverkehr
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

A) Öffentliche Sitzung

1. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 07.11.2013**

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 07.11.2013 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. **Schaffung zusätzlichen Parkraums in der Bahnstraße in Setterich**

Beigeordneter Brunner verwies auf die Verwaltungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt und stellte insbesondere noch einmal heraus, dass es auf Grund der in der Bahnstraße ansässigen Bäckerei nach Feststellungen der Verwaltung und Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern zu einem erhöhtem Parkraumbedarf kommen würde. Hieraus, so Beigeordneter Brunner, würde eine beengte Fahrbahnsituation entstehen, die gerade auch auf Grund der unmittelbaren Nähe zur Andreaschule zu beseitigen sei. Der Betreiber der Bäckerei habe zugesagt, die Kosten für die Schaffung fünf zusätzlicher Parkplätze, wie sie in dem anlässlich der Sitzung ausgehängten Plan durch Herrn. I. und Techn. Beigeordneten Strauch vorgestellt wurden, zu übernehmen.

Analog zu anderen Stellen im Stadtgebiet schlage die Verwaltung vor, für diese fünf neu einzurichtenden Parkplätze eine Kurzparkzone für die Parkdauer von einer halben Stunde vorzusehen, und zwar montags bis freitags von 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr sowie samstags, sonntags und feiertags von 6.00 Uhr bis 14.00 Uhr, also gekoppelt an die Öffnungszeiten der dortigen Bäckerei.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Deserno erläuterte I. und Techn. Beigeordneter Strauch, dass durch die Maßnahmen ein vor wenigen Jahren gepflanzter Baum ein Stück Richtung Burgpark versetzt werden müsse.

Beschluss:

Der Ausschuss für Verkehr und Umwelt erklärte sein Einverständnis mit der Errichtung von fünf weiteren Parkplätzen in der Bahnstraße und beschloss einstimmig, im Bereich der Bahnstraße, gegenüber der Hausnummer 11, eine Kurzparkzone zu den erläuterten Zeiten für die Parkdauer von einer halben Stunde einzurichten.

3. Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK)

Frau Göttlicher von der Stabsstelle Klimaschutz der StädteRegion Aachen führte aus, dass die StädteRegion Aachen seit dem Jahr 2010 ein Klimaschutzkonzept führe. Die Stabsstelle Klimaschutz bei der StädteRegion Aachen sei im Jahre 2012 eingerichtet worden.

So wie Bund und Land hätte auch die StädteRegion CO²-Zielvorgaben beschlossen. Der vor einiger Zeit eingerichtete Arbeitskreis „Kommunaler Klimaschutz“ habe schon viele positive Projekte auf den Weg gebracht.

Besonders hervorzuheben, so Frau Göttlicher, sei die sehr positive und gute Zusammenarbeit mit der Stadt Baesweiler, welche ebenfalls bereits sinnvolle Projekte umgesetzt habe. So sei der Umbau des Gymnasiums der Stadt Baesweiler zu einem Gebäude mit Passivhausstandard ganz besonders herauszustellen.

Frau Göttlicher verwies auf das Integrierte Klimaschutzkonzept, welches den Mitgliedern des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vorliege und nunmehr von Frau Püllen von der Firma Gertec vorgestellt werde.

Der Vorsitzende bedankte sich zunächst für die Erstellung des Klimaschutzkonzeptes, welches eine wichtige Maßnahme sei und bat Frau Püllen, dieses nunmehr vorzustellen.

Das von Frau Püllen vorgestellte Klimaschutzkonzept für die Stadt Baesweiler wurde den Mitgliedern des Ausschusses für Verkehr und Umwelt sowie den Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Baesweiler vor der Ausschusssitzung zugestellt. Das Klimaschutzkonzept und der Vortrag von Frau Püllen sind der Originalniederschrift als Anlage beigefügt.

Ausschussmitglied Strank bedankte sich bei Frau Püllen für die Vorstellung des gut durchdachten Konzeptes. Leider sei die Zeit zwischen der Überlassung des Klimaschutzkonzeptes und der heutigen Sitzung zu kurz gewesen, sodass man dieses nicht bis ins Detail hätte betrachten können. Jedenfalls sei dieses Konzept der Auftakt zu einem Prozess zum Thema Klimaschutz in Baesweiler, welcher ausdrücklich begrüßt werde. Nach Ansicht seiner Fraktion solle die Stadt Baesweiler unbedingt einen Klimaschutzmanager einstellen. Wichtig, so Ausschussmitglied Strank, sei es auch zum Thema Klimaschutz die Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Er bat die Verwaltung, seiner Fraktion weitere Exemplare des Klimaschutzkonzeptes zur Verfügung zu stellen.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte, dass der „Prozess Klimaschutz“ bereits seit ca. 1 1/2 Jahren in Baesweiler intensiv behandelt werde. Auch seien die Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema bereits beteiligt worden. Nunmehr werde erstmalig ein schriftliches Konzept zu diesem Thema vorgelegt.

Es sei nun wichtig und erforderlich, einen Antrag auf Förderung eines einzustellenden Klimaschutzmanagers zu formulieren und parallel hierzu eine Prioritätenliste von Maßnahmen zu erstellen.

Weitere Bürgerbeteiligungsprozesse, so I. und Techn. Beigeordneter Strauch, seien unbedingt erforderlich, da es beim Thema Klimaschutz gerade darauf ankäme, die Bevölkerung „mitzunehmen“.

Ausschussmitglied Burghardt bedankte sich ebenfalls für den Vortrag von Frau Püllen und stellte die Bürgerbeteiligung als besonders wichtig heraus. Ebenso wichtig sei es jedoch, dass zum Thema Klimaschutz Förderprogramme durch Land und Bund aufgelegt würden.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Feldeisen führte Frau Göttlicher aus, dass es nach der Förderung der Stelle eines Klimaschutzmanagers, beispielsweise von 2015 bis 2017, eine weitere Folgeförderung von zwei Jahren geben könnte. Das Fördervolumen für die Stadt Baesweiler liege auf Grund deren Haushaltssituation bei lediglich 65 %. Wichtig, so Frau Göttlicher, sei es zudem, bei der Antragstellung auf Förderung eines Klimaschutzmanagers bereits einige konkrete Maßnahmen zu nennen.

Für die CDU-Fraktion bedankte sich Ausschussmitglied Mohr und stellte das Thema „Integriertes Klimaschutzkonzept“ als sehr wichtiges Projekt heraus. Der Vortrag von Frau Göttlicher zeige, dass die Bürgerinnen und Bürger in Baesweiler bereits jetzt „auf dem richtigen Weg“ seien, da hier die CO²-Zahlen unter dem Gesamtdurchschnitt liegen würden. Frau Göttlicher führte auf Anfrage von Ausschussmitglied Mohr aus, dass die Stadt selbst entscheide, welches Anforderungsprofil ein Klimaschutzmanager haben müsse.

Sinnvoll sei es, für die Stadt Baesweiler Schwerpunkte und dann über Prioritäten, das Anforderungsprofil festzulegen. Es sollte jedoch empfehlenswerter Weise ein Hochschulabsolvent sein.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Mandelartz führte Frau Göttlicher aus, dass bei Antragstellung nicht bereits eine absolut detaillierte Projekt- bzw. Prioritätenliste vorgelegt werden müsse. Es müsse jedoch grob dargestellt werden, welche Projekte in Baesweiler schwerpunktmäßig beabsichtigt seien.

Wenngleich es für die Förderung der Stelle eines Klimaschutzmanagers derzeit keine Ausschlussfrist gäbe, schlug Dezernent Zink vor, den Antrag möglichst kurzfristig zu stellen, da man nicht wisse, wie sich die Bereitstellung von Fördergeldern mittelfristig entwickeln werde. Auch er empfahl, bei der Beantragung der Stelle des Klimaschutzmanagers bereits inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.

Ausschussmitglied Deserno bedankte sich ausdrücklich für die Vorstellung des integrierten Klimaschutzkonzeptes und dessen tollen Inhalt. Bei so einem großen Projekt habe er sich auch etwas mehr „Vorbereitungszeit“ bis zur Verabschiedung des Konzeptes gewünscht. Er stellte die Mobilität in Baesweiler für Fahrradfahrer als verbesserungswürdig heraus und bat den Radverkehrsbeauftragten, Verbesserungen voranzutreiben. Auch beim ÖPNV, so Ausschussmitglied Deserno, wünsche man sich höhere Nutzerzahlen.

Er bat auf Grund der Wichtigkeit des Themas, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ändern:

„Der Verkehrs- und Umweltausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und schlägt dem Rat vor, das vorliegende Integrierte Klimaschutzkonzept als Grundlage für die weiteren Bearbeitungsschritte zu beschließen.

Zugleich wird die Verwaltung beauftragt, einen Klimaschutzmanager zu beantragen und nach Einstellung mit der Umsetzung von noch auszuwählenden Maßnahmen zu beginnen.“

Sodann bedankte sich Ausschussmitglied Kohlhaas im Namen der FDP-Fraktion für die Vorstellung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes und stellte das Thema ebenfalls als sehr großes und wichtiges Projekt heraus.

Da seitens der Fraktionen gebeten wurde, weitere Exemplare des Integrierten Klimaschutzkonzeptes zu erhalten, bot I. und Techn. Beigeordneter Strauch an, auf konkrete Anfrage gerne weitere Kopien zur Verfügung zu stellen, bzw., soweit gewünscht, das Konzept auch auf Datenträger, zu übermitteln. Wichtig, so I. und Techn. Beigeordneter Strauch, sei jedoch die heutige Behandlung des Themas im Fachausschuss und ein entsprechender Beschluss.

Die Fraktionen verständigten sich darauf, den vorgeschlagenen geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu stellen und beschlossen sodann wie folgt:

Beschluss:

Der Verkehrs- und Umweltausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und schlug dem Rat einstimmig vor, das vorliegende Integrierte Klimaschutzkonzept als Grundlage für die weiteren Bearbeitungsschritte zu beschließen.

Zugleich wurde die Verwaltung beauftragt, einen Klimaschutzmanager zu beantragen und nach Einstellung mit der Umsetzung von noch auszuwählenden Maßnahmen zu beginnen.

4. Grundsatzbeschluss über die Erteilung von Erlaubnissen für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen für das Aufstellen von Altkleidercontainern ausschließlich an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger

I. und Techn. Beigeordneter Strauch führte aus, dass das Thema bereits im Fachausschuss behandelt worden sei. Das Geschäft mit Altkleidern sei auch für private Anbieter sehr lukrativ. Nun habe die Firma EuroTex in allen Kommunen der Städte-Region einen, wie in der Vorlage dargestellten, Antrag gestellt. Jedoch, so I. und Techn. Beigeordneter Strauch, möchte die RegioEntsorgung als für die Stadt Baesweiler und die Region zuständiger öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger dem Ansinnen privater Anbieter mit einem eigenen Konzept begegnen, welches karitative Einrichtungen, beispielsweise das DRK, mit einbeziehe.

Damit die Voraussetzungen für eine Untersagung der nun beantragten systemwidrigen Sammlung nach § 18 Abs. 5 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes geschaffen werden, habe die RegioEntsorgung per Dringlichkeitsbeschluss ein eigenes Rücknahmesystem für Altkleider eingeführt.

Gleichzeitig biete sich an, durch einen Ratsbeschluss sicherzustellen, dass die Stadt Erlaubnisse für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen für das Aufstellen von Altkleidercontainern ausschließlich an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erteile. Damit solle erreicht werden, dass die Ablehnung von Anträgen auf Erteilung von Erlaubnissen für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen für das Aufstellen von Altkleidercontainern anderer systemfremder Sammler ohne Einzelfallprüfung erfolgen könne.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch wies ergänzend darauf hin, dass die RegioEntsorgung ein Rechtsanwaltsbüro damit beauftragt habe, eine rechtssichere Begründung für die Ablehnung zu erstellen, die auf Grund der Tatsache, dass es sich hier um eine Ermessensentscheidung handele, von grundlegender Bedeutung sei. Man werde zu diesem Thema in der nächsten Sitzung des Rates per Tischvorlage informieren.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Mohr führte I. und Techn. Beigeordneter Strauch aus, dass das Thema „Überfüllte Altkleidercontainer“ auch bei der RegioEntsorgung angesprochen worden sei und künftig unbedingt vermieden werden müsse.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte auf Anfrage von Ausschussmitglied Deserno, dass künftig auf Altkleidercontainern wahrscheinlich sowohl der Name der RegioEntsorgung als auch des „Kooperationspartners“, wie beispielsweise DRK, aufgeführt sei.

Für die SPD-Fraktion begrüßte Ausschussmitglied Strank die vorgeschlagene Verfahrensweise und trug nochmal einige Gründe gegen private Entsorger vor. Auf dessen Anfrage führte I. und Techn. Beigeordneter Strauch aus, dass die RegioEntsorgung künftig auch bei Bedarf weitere Altkleidercontainer aufstellen werde.

Beschluss:

Der Verkehrs- und Umweltausschuss schlug dem Stadtrat einstimmig vor zu beschließen:

Die Stadt erteilt Erlaubnisse für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen für das Aufstellen von Altkleidercontainern ausschließlich an den Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

5. Machbarkeitsstudie schienengebundener Personennahverkehr

I. und Techn. Beigeordneter Strauch verwies darauf, dass die Machbarkeitsstudie bereits seit 1 1/2 Jahren Thema in Baesweiler sei. Er verwies auf die drei vorgestellten Varianten einer Streckenführung und eines Bahnanschlusses in Baesweiler und erläuterte das bisherige Verfahren. In den nächsten Wochen werde ein Gutachten vorgelegt, welches Grundlage für die nächsten Schritte beim schienengebundenen Personennahverkehr in Baesweiler sei.

Ausschussmitglied Strank stellte für die SPD-Fraktion heraus, dass man sehr zufrieden sei, dass das Verfahren nun weiterginge. Er wies in diesem Zusammenhang auf den Ablauf der Beteiligungsfrist für den Landesentwicklungsplan am 28.02.2014 hin. Im Landesentwicklungsplan sei die ehemalige Kraftwerksfläche zwischen Baesweiler-Setterich und Aldenhoven-Siersdorf künftig als Freifläche ausgewiesen, was jedoch dem Ansinnen der Schaffung eines gemeinsamen Gewerbegebietes entgegenstünde. Die SPD-Fraktion habe die Verwaltung daher nochmals schriftlich gebeten, dass daraufhin gewirkt werde, dass diese Fläche nicht als Freifläche im LEP ausgewiesen werde.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte, dass im Rahmen der Beteiligung zum Landesentwicklungsplan bereits zwei Stellungnahmen der Stadt Baesweiler abgegeben worden seien. In der ersten Stellungnahme, Ende des Jahres 2013, habe man speziell auf diese Problematik sehr deutlich hingewiesen und eine entsprechende Änderung gefordert. Er wies ebenfalls darauf hin, dass der Gutachter für den Bahnanschluss bei den neuen Zahlen dieses interkommunale Gewerbegebiet berücksichtigt habe.

Die Mitglieder des Ausschusses für Verkehr und Umwelt nahmen die Ausführungen zur Kenntnis.

6. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung wurden nicht vorgetragen.

7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

1. Ausschussmitglied Mandelartz von der SPD-Fraktion bat zum Beschluss aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 07.11.2013, TOP 13, Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen im Bereich Mariastraße 4, bei einem gegebenenfalls zu erstellenden Konzept auch den Bereich Peterstraße zwischen Kirchstraße und Mariastraße, insbesondere mit Blick auf die künftige bauliche Entwicklung auf dem Kirmesplatz, einzubeziehen.
2. Ausschussmitglied Mohr von der CDU-Fraktion trug vor, dass sich im Bereich der Kreuzung L 225 Hubertusstraße/David-Hansemann-Straße auf Gebiet der Stadt Übach-Palenberg in den letzten Jahren einige Unfälle ereignet hätten. Man habe gehört, dass die Stadt Übach-Palenberg nunmehr beabsichtige, dort eine Lichtsignalanlage zu errichten. Nach Ansicht seiner Fraktion sei die Errichtung eines Kreisverkehrs jedoch aus verschiedenen Gründen sinnvoller. Er bat die Verwaltung, dieses Thema aufzugreifen und den Sachstand hierzu in der nächsten Sitzung des Ausschusses mitzuteilen.

B) Nicht öffentliche Sitzung